

Jahreshauptversammlung 2018 der Jusos Bremen-Stadt A2 Jacobs-University



1 Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:

2 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

3 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5 **Neoliberalen Zeitgeist überwinden – öffentliche Finanzierung von Privatuni beenden**

6 Wir erkennen die Bedeutung der Jacobs University Bremen für die Bremische Wissenschafts- und
7 Forschungslandschaft sowie ihre Rolle für den Standort Bremen-Nord an. Für sämtliche öffentlich
8 finanzierten bzw. geförderten Hochschulen im Land Bremen müssen allerdings dieselben
9 Voraussetzungen gelten. Wir fordern daher:

- 10 • Die SPD setzt sich dafür ein, dass keine weiteren Mittel vom Land Bremen an die Jacobs
11 University Bremen (JUB) fließen.
- 12 • Es sollen weder vom Senat noch von der Bürgerschaft weitere Zusagen bzgl. finanzieller
13 Unterstützung der JUB gemacht werden.
- 14 • Es soll geprüft werden, ob die JUB bei Bedrohung ihrer Existenz in die öffentliche Hand
15 überführt werden kann, z.B. als zusätzlicher Standort einer bestehenden Hochschule
- 16 • Im Falle einer solchen Überführung in die öffentliche Hand muss für die JUB, wie für jede
17 andere Bremer Hochschule, das BremHG gelten.
- 18 • Eine Bevorzugung der JUB gegenüber den anderen Hochschulen in Hinblick auf die
19 finanzielle Ausstattung, die Betreuungsrelation und die Qualität von Forschung und Lehre
20 darf es nicht geben.

21 **Begründung:**

22 Die Jacobs University Bremen (JUB) hat seit ihrer Gründung als International University an die 200
23 Millionen Euro an Mitteln vom Land Bremen erhalten. In den letzten fünf Jahren waren dies 3
24 Millionen Euro pro Jahr. Sowohl in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen als auch im von
25 beiden Parteien ausgehandelten Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass es eine weitere
26 Finanzierung nicht geben darf.

27 Doch nun zeigt sich: Es ist immer noch nicht genug. Die Jacobs-University wird es aller
28 Voraussicht nach auch dieses Jahr und in den folgenden Jahren nicht schaffen, finanziell auf eigenen
29 Beinen zu stehen. Dies zeigt erneut: Das Konzept „Privatuni“, wie es zu Hochzeiten des
30 neoliberalen Zeitgeistes gefeiert wurde, ist und bleibt in der Bundesrepublik gescheitert und mit ihm
31 auch das Finanzkonzept der JUB.

32 Je länger die staatliche Subventionierung dieses Anachronismus anhält, desto angreifbarer machen
33 wir uns als Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung; insbesondere in Zeiten, in denen die
34 öffentlichen Hochschulen im Land Bremen chronisch unterfinanziert sind.

35 Die Probleme öffentlicher Hochschulen sind landläufig bekannt: Zu wenig Räume, zu wenig und
36 v.a. prekär beschäftigtes Personal, deshalb auch mitunter qualitativ unzureichende Lehre und
37 Betreuungsrelationen Professor*in zu Student*in von 1:70 oder schlechter (an der JUB etwa 1:18).
38 Unter diesen Bedingungen ist ein weiterer Fluss öffentlicher Gelder an die JUB nicht weiter
39 vermittelbar und muss eingestellt werden

40 Selbstverständlich dürfen uns die Schicksale von Studierenden und Mitarbeiter*innen der JUB nicht
41 egal sein. Eine baldige Insolvenz hätte für diese Gruppen fatale Folgen. Auch muss der positive
42 Effekt auf den Standort Bremen-Nord berücksichtigt werden, auch wenn dieser, wie mancherorts
43 beklagt, geringer ist als ursprünglich erhofft. Eine Schließung in Form einer koordinierten, gut

Jahreshauptversammlung 2018 der Jusos Bremen-Stadt A2 Jacobs-University



44 durchdachten Abwicklung ist deshalb, wenn möglich, zu vermeiden.

45 Deshalb muss die Möglichkeit geprüft werden, die JUB in die öffentliche Hand zu überführen, z.B.
46 als weiterer Standort einer bestehenden Hochschule. Der finanzielle Aufwand wäre für das Land
47 Bremen zwar höher, dafür könnte dafür gesorgt werden, dass die JUB sich in sämtlichen Punkten an
48 das Hochschulgesetz halten müsste und mithilfe der demokratischen Kontrolle könnte so weiter
49 darauf hingewirkt werden, die Hochschullandschaft nach unseren Vorstellungen zu gestalten und
50 z.B. den von unserem Bürgermeister Carsten Sieling gewünschten Ausbau der Masterstudiengänge
51 im Land Bremen voranzutreiben. Zudem würden Arbeits- und Studienplätze sowie der positive
52 Einfluss auf den Standort Bremen-Nord erhalten werden.

53